

Nr. 18/603

Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2012
(Drucksache 18/639)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2013

(Drucksache 18/738)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/604

Kriterien „guter Arbeit“ in die Wirtschaftsförderung integrieren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2012
(Drucksache 18/664)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzustellen, wie „gute Arbeit“ zum Kriterium der Wirtschaftsförderung werden kann.
2. Der Senat wird gebeten, darüber hinaus zu prüfen, über welche Anreize, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), für die Umsetzung der im Beschlusspunkt 1 genannten Zielsetzungen gewonnen werden können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat sicherzustellen, dass die Institutionen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen bei allen Firmenkontakten, insbesondere bei allen auf Bestandspflege ausgerichteten Gesprächen, das Thema „gute Arbeit“ ansprechen und dabei gezielt auf die für das jeweilige Unternehmen geeigneten Instrumente und Chancen der Arbeitsmarkt- bzw. Fachkräfteförderung hinweisen.
4. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung und danach fortlaufend der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen der üblichen Berichterstattung über Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderprogramme über die Umsetzung dieser Beschlüsse zu berichten.

Nr. 18/605

Eine Stadt – ein Tarif

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2012
(Drucksache 18/670)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2013

(Drucksache 18/789)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) sicherzustellen, dass die bremischen Tarifzonen I und II bis 2015 zusammengeführt und damit Bremen-Nord vollständig in die Nahverkehrstarifzone der übrigen bremischen Stadtbezirke eingebunden wird. Die Finanzierung der Mehrkosten soll dabei über eine Tarifanpassung innerhalb des VBN erfolgen.
2. der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie innerhalb von sechs Monaten über den Stand der Verhandlungen zu berichten.

Nr. 18/606

Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen

Mitteilung des Senats vom 27. November 2012
(Drucksache 18/674)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/607

Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern

Mitteilung des Senats vom 27. November 2012
(Drucksache 18/675)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/608

Familiengerechte Ausgestaltung des Ehegattennachzugs

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. November 2012
(Drucksache 18/678)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Bundesratsinitiative einzuleiten bzw. gegebenenfalls eine vergleichbare Initiative anderer Bundesländer zu unterstützen,
 - a) die Beschränkung des Ehegattennachzugs durch die Anforderung von im Ausland nachzuweisenden Deutschkenntnissen aufzuheben und
 - b) den Nachzug von Ehegatten zu deutschen Staatsangehörigen uneingeschränkt unabhängig von der Lebensunterhaltssicherung zuzulassen.
2. zu prüfen, welche Möglichkeiten auf Landesebene gegenwärtig bestehen, vom Spracherfordernis beim Ehegattennachzug abzusehen und hierüber binnen drei Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 18/609

Keine Bremer Waffen für Saudi-Arabien

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/772)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/610

Klares Bekenntnis zum Unternehmen Fr. Lürssen Werft!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2013
(Drucksache 18/782)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/611

Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer bei den Zuwendungsempfängern stoppen – wichtige soziale Leistungen sichern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2013
(Drucksache 18/778)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/612

Mieterhöhungen begrenzen – unsoziale Mietrechtsverschärfung stoppen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Februar 2013
(Drucksache 18/780)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auch weiterhin bundespolitisch dafür einzusetzen, die in § 558 Abs. 3 BGB definierte Kappungsgrenze dahingehend zu ändern, dass den Vermietenden nur eine Mietsteigerung um höchstens 15 % innerhalb von vier Jahren gestattet wird,
2. dabei anzustreben, die Höchstgrenze von Mieterhöhungen bei Neuvermietungen zu beschränken,
3. sich für die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld einzusetzen,
4. bundespolitisch darauf hinzuwirken, dass die Kosten für Sanierungsmaßnahmen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden und daher die Umlagefähigkeit der Kosten von Modernisierungsmaßnahmen auf solche zu beschränken, die eine energetische Sanierung oder einen altersgerechten bzw. barrierefreien Umbau bezeichnen, und die Umlagehöhe von 11 auf 9 % zu senken.

Nr. 18/613

Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mietern und Mieterinnen umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2013
(Drucksache 18/790)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. umgehend eine dementsprechende Rechtsverordnung für die Stadtgemeinden Bremen bzw. entsprechende Gebiete innerhalb der Stadtgemeinde vorzubereiten und diese unmittelbar nach endgültigem Inkrafttreten des geänderten Bundesgesetzes umzusetzen.
2. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Mai 2013 über die Umsetzung dieser Rechtsverordnung Bericht zu erstatten.

Nr. 18/614

Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. Februar 2013
(Drucksache 18/756)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Dr. Maike O t t e n

anstelle der zum 30. Juni 2013 ausscheidenden Frau Dorothee Kohlbeck-Rothkopf zum Mitglied des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 18/615

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin G a r l i n g

anstelle der verstorbenen Abgeordneten Renate Möbius zum Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

Nr. 18/616

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Martin K o r o l

anstelle der verstorbenen Abgeordneten Renate Möbius zum stellvertretenden Mitglied des Petitionsausschusses.

Nr. 18/617

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin G a r l i n g

anstelle der verstorbenen Abgeordneten Renate Möbius zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Nr. 18/618

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Martin K o r o l

anstelle der verstorbenen Abgeordneten Renate Möbius zum Mitglied der staatlichen Deputation für Gesundheit.

Nr. 18/619

Mehr Berufsausbildungspartnerschaften im Land Bremen unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Dezember 2012
(Drucksache 18/680)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Bürgerschaft (Landtag) über den Stand der mit den Kammern in Bremen und Bremerhaven über Ausbildungspartnerschaften geführten Gespräche und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu unterrichten.
2. der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, in welchen Branchen und gegebenenfalls für welche Ausbildungssuchenden in Bremen und Bremerhaven die Einrichtung neuer Ausbildungsverbünde sinnvoll wäre.
3. zu prüfen, wie die Bedeutung von Ausbildungsverbünden in der dualen Berufsausbildung statistisch erfasst und auf dieser Basis regelmäßig bewertet werden kann.
4. zu prüfen, in welchen Branchen modellhaft Ausbildungsverbünde eingerichtet werden könnten, die explizit migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer mit gegebenenfalls im Ausland erworbenen Qualifikationen einbeziehen, um diese bei der Ausbildung zu unterstützen und zu fördern.

Nr. 18/620

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen – ein gesundheitspolitisches Zukunftskonzept!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/685)
 2. Energiegenossenschaften fördern – Energiewende vorantreiben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/686)
 3. Solarstrom für öffentliche Gebäude
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/687)
 4. Reformationstag
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Februar 2013
(Neufassung der Drucksache 18/743 vom 22. Januar 2013)
(Drucksache 18/784)
 5. Umstrukturierung der polizeilichen Begleitung von Groß- und Schwertransporten
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. Dezember 2012
(Drucksache 18/718)
- D a z u
6. Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/724)
 7. Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/725)

8. Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/726)
9. Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. September 2012
(Drucksache 18/582)
10. Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 5. Februar 2013
(Drucksache 18/754)
11. Energiezugang ist ein Grundrecht – Stromsperren gesetzlich untersagen – die Energiewende sozial gestalten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Februar 2013
(Drucksache 18/755)
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2013
(Drucksache 18/791)

